V-39

Nicaragua- Solidarität mit der demokratischen Opposition

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in:	Wendel Jaromir Burkhardt (KV Frankfurt)
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes

Antragstext

Nicaragua: Solidarität mit den demokratischen Widerstandbewegungen , Freiheit für politische Gefangene, Aufbau eines neuen Regierungssystems...

Erwachsen aus Solidarität mit den Menschen Nicaraguas engagieren sich viele Bürger*innenbewegungen und Solidaritätskomitees in Deutschland - zum Beispiel in Kommunen im Rahmen ihrer Städtepartnerschaftenseit den 1980ern für den positiven Austausch miteinander. Auch viele Mitglieder und Aktivist*innen von B90/Grünen waren und sind Teil der breiten Solidaritätsbewegung für Nicaragua. In den 80er Jahren verkörperte die sandinistische Bewegung auch für viele in Deutschland die Hoffnung auf einen neuen Weg zu einer andern Form der Gesellschaftspolitik, auf einen gerechten Weg und ein Symbol einer Alternative zu den eingefahrenen Wegen des doktrinären Sozialismus der Sowjetunion und zu der extremen Form des Kapitalismus in den USA. Leider haben sich diese Hoffnungen nicht erfüllt, und Daniel Ortega hat sich im Laufe der Jahre immer mehr zum autokratischen Despoten entwickelt.

Seit April 2018 protestieren große Teile der Bevölkerung Nicaraguas gegen die Regierung des Präsidenten Ortega und seiner Ehefrau Rosario Murillo, die seit Januar 2017 auch Vizepräsidentin ist.Die friedliche Revolte, die auch den zivilen Ungehorsampropagiert, wird seither mit brutaler Gewaltbeantwortet, die kaum jemand für möglich gehalten hat.

Nach Angaben von internationalen und nationalen Menschenrechtsorganisationen mordet, inhaftiert, foltert und terrorisiert der Staat dieMenschen NicaraguasDabei sind über 500 Menschen zum größten Teil von der Polizei und paramilitärischen Gruppen getötetund etwa 2000 weitere mitunter schwer verletzt worden. Hunderte von Oppositionellewurden ohne Haftbefehl und ordnungsgemäßes Verfahren sowie unter systematischer Anwendung von Folter inhaftiert. Viele Grundrechte wie die Pressefreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Demonstrationsrecht sowie das Recht auf einen fairen Prozess wurden von der Regierung Ortega missachtet und faktisch außer Kraft gesetzt. Die Repression gegen die Zivilgesellschaft richtet sich vor allem gegen Menschenrechtsorganisationen, Journalistinnen und Journalisten, Studierende, NGOs und Repräsentantin-nen und Repräsentanten der katholischen Kirche. Zahlreiche Ärzte und Ärztinnen und medizinisches Personal, die verwundete Demonstrierende behandelten, sowie Lehrerinnen und Lehrer, Akademikerinnen und Akademiker, LSBTTI und andere Angehörige des öffentlichen Dienstes, die an Demonstrationen teilnahmen, wur-den entlassen. Einer Reihe zivilgesellschaftlicher Organisationen wurde die Rechtsgrundlage entzogen. Im

Dezember entzog das die Regierung willkürlich u.a. zwei führenden Menschenrechtsorganisationen CENIDH und HagamosDemocracia den Rechtsstatus.Während der Demonstrationen schloss die Regierung Medieneinrichtungen und zensierte Online-Medien. Der Journalist Ángel Gahona wurde während einer Livesendung erschossen. Geschätzte 60.000 Menschen sind in das Nachbarland Costa Rica geflohen und leben dort unter prekären Bedingungen. Hunderte von Oppositionellen leben seit Monaten im Untergrund.

Der Berichtvon Amnesty International “Shootto kill. Nicaragua’sstrategytorepressprotest“ stellt illegale und willkürliche Verhaftungen und Tötungen fest und belegt schwere Menschenrechtsverstöße. Meist unter dem Generalvorwurf des Terrorismus, ohne jegliche Indizien, kommt es zu Folter und grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung der Verhafteten.

Der nationale Dialog wurde von der Regierung abgebrochen, und die Kirche, die eine wichtige vermittelnde Rolle innehatte, wurde massiv unter Druck gesetzt. Sowohl die Vereinten Nationenals auch die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) rufen zur sofortigen Wiederaufnahme des Dialogs auf, fordern eine unabhängige Untersuchung der Tötungen und befürworten vorgezogene Neuwahlen. Der UN-MenschenechtsberichtvonAugust 2019 kritisiert deutlich diezahlreichen politische Gefangenenund dokumentiert das autokratische Verhalten der Regierung Ortega-Murillo.

Wir stehen solidarisch an der Seite der Menschen in Nicaragua und empfinden es als unsere Verantwortung darauf hinzuwirken, dass Deutschland die schweren Menschenrechtsverletzungen kommentiert und sich nach Möglichkeit an der Lösung des Konflikts beteiligt:

1. öffentlich die Unterdrückung der friedlichen Proteste in Nicaragua zu verurteilen und sich gemeinsam mit den europäischen und lateinamerikanischen Partnern stärker für ein sofortiges Ende der Gewalt einzusetzen;über das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) Mittel für den Schutz und die Versorgung der Geflüchteten in den Nachbarlän-dern zur Verfügung zu stellen;eine kohärente deutsche und europäische Lateinamerika-Politik im Außen-, Entwicklungs-, Handels- und Wirtschaftsbereich zu betreiben, zu deren Kernelementen Rechtstaatlichkeit und Menschenrechte zählen;
2. sich dafür einzusetzen, den rechtlichen Status der von einem Verbotser-lass betroffenen zivilgesellschaftlichen Organisationen schnell wieder-herzustellen;sich für faire rechtsstaatliche Verfahren für alle politischen Gefangenge-nen in Nicaragua bzw. für eine rasche Freilassung unrechtmäßig Inhaf-tierter und politischer Gefangener einzusetzen;Gefängnisbesuchedurch Vertreter der deutschen Botschaft und ausländische Mediziner
3. im Rahmen der EU, gezielte und individuelle Visa- und Vermögenssper-ren von führenden Regierungsvertreterinnen und -vertretern und Einzelpersonen, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind aus-zusprechen, auch um, nach

der
Einführung von US-Sanktionen, eine Verlagerung von Finanzströmen und -mitteln von den
USA nach Europa zu verhindern;Auf eine Sondersitzung des UN-Menschenrechtsausschusses
in Genf hinzuwirken, mit der Forderung nach einer internationalen Untersuchungder
Todesfälle, der Gleichschaltung der Staatsorgane sowie der Massenentlassungen von
medizinischem Personal.

4. Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit auf die Stärkung zivilgesellschaftlicher
Partnerinnen und Partner zu konzentrieren und künftig wieder vermehrt
Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer zu finanzieren;

Begründung

Bündnis90/Die Grünen sind eine Partei der Menschenrechte. Wir fühlen uns verpflichtet auch die Konflikte und Krisenherde zu thematisieren und die Menschenrechtler*innen zu unterstützen die nicht im Fokus der öffentlichen deutschen Beobachtung stehen.

weitere Antragsteller*innen

Bastian Bergerhoff (Frankfurt KV); Sylvia Momsen (KV Frankfurt); Marlene Riedel (Frankfurt KV); Mogdeh Töbelmann (KV Berlin-Mitte); Tina Zapf (KV Frankfurt); Christoph Rosenbaum (Frankfurt KV); Ingo Klose (KV Nürnberg-Stadt); Johannes Lauterwald (KV Frankfurt); Daniela Cappelluti (KV Frankfurt); Julia Eberz (KV Frankfurt); Omid Nouripour (KV Frankfurt); Bärbel Spiegel (KV Frankfurt); Hanna Ursula Thiele (KV Frankfurt); Martina Feldmayer (KV Frankfurt); Nina Eisenhardt (KV Groß-Gerau); Emre Telyakar (KV Frankfurt); Wolfgang Siefert (KV Frankfurt); Mirjam Luise Schmidt (KV Frankfurt); Dana Kube (KV Frankfurt); sowie 10 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.